

Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon

Konstituierung des Gemeinderats

Dienstag, 15. September 2009
Neuer Ratssaal

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

ich darf Sie heute zur ersten Sitzung der neuen Wahlperiode herzlich begrüßen. Es ist eine besondere Sitzung, in der sich der Gemeinderat konstituiert und die Grundlagen der Arbeit für die kommenden fünf Jahre schafft.

An erster Stelle steht dabei die Verpflichtung der Stadträtinnen und Stadträte. Wir werden dies im Anschluss stellvertretend für alle 48 durch den jüngsten und den dienstältesten Stadtrat wahrnehmen, dies sind Hermann Aichele mit inzwischen 34 Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft, und Simone Pflaum von „Junges Freiburg“ als die jüngste Stadträtin.

Meine Damen und Herren, ich darf an erster Stelle die neuen Mitglieder des Gemeinderates herzlich willkommen heißen und in alphabetischer Reihenfolge begrüßen:

Frau Anke Dallmann (Freie Wähler)
 Herr Sascha Fiek (FDP)
 Herr Dr. Johannes Gröger (Freie Wähler)
 Frau Adelheid Hepp (Grüne)
 Herr Jürgen Höfflin (SPD)
 Herr Martin Kotterer (CDU)
 Frau Dr. Sylvie Nantcha (CDU)
 Frau Simone Ariane Pflaum (Junges Freiburg)
 Herr Daniel Sander (CDU)
 Herr Ibrahim Sarialtin (Grüne)
 Herr Stefan Schillinger (SPD)
 Herr Professor Dr. Lothar Schuchmann (Unabhängige Liste)
 Herr Timothy Simms (Grüne)
 Frau Karin Seebacher (SPD)
 Frau Edith Sitzmann (Grüne)
 Herr Nikolaus von Gayling (FDP), und
 Herr Michael Wiedemann (Unabhängige Liste).

Für die Neuen unter Ihnen beginnt mit dieser Konstituierung ein neuer Abschnitt und eine neue Erfahrung. Stadträtin oder Stadtrat zu sein, ist fast immer anstrengend, manchmal Schlaf raubend und bisweilen auch nervtötend. Es ist aber auch – wenn man mal mit dem kommunalen Politik-Virus infiziert ist - unglaublich spannend und aufregend. Der Gemeinderat ist – genau genommen ja als Teil der Verwaltung – gewissermaßen Teil des Architektenteams, das Stadtpolitik und Stadtentwicklung ges-

taltet. Wie in jedem Team, hängt die Qualität der Ergebnisse immer davon ab, wie gut man zusammen arbeitet. Der Gemeinderat ist die wichtigste und einflussreichste Vertretung der Stadt, beauftragt von den Bürgerinnen und Bürgern und damit auch mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ausgestattet.

Teamwork kann nur funktionieren, wenn das Team sich gut organisiert und auf Spielregeln der Zusammenarbeit einigt. Es sind Formalien, die wir nicht gering achten dürfen. In demokratischen Gremien sind klare Spielregeln kein Selbstzweck, sondern die Plattform für unsere politische Arbeit.

Unsere Spielregeln sind vor allem durch die Gemeindeordnung festgelegt, und sie heißen Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Freiburger Gemeinderates. Beide stehen heute auf der Tagesordnung, weil wir die Ausschussgrößen und unsere eigenen Abläufe aufgrund des Wahlergebnisses verändern, damit die inhaltliche Arbeit dann auch funktioniert. Wir werden heute ebenfalls, als einen ganz zentralen Punkt, über die Besetzung der Ausschüsse, Aufsichtsräte und sonstigen Gremien beschließen.

Meine Damen und Herren, viele von den neu Gewählten haben bereits Erfahrungen in politischem Engagement gesammelt, sei es in politischen Ämtern und Funktionen ihrer Parteien, in Vereinen und Verbänden, Initiativen, in berufsständischen Organisationen oder in Gewerkschaften. Ich erwähne dies, weil auch das Amt des Gemeinderats ein Ehrenamt im besten Sinne des Wortes ist, in meinen Augen das wichtigste mit der umfassendsten Wirkung für das Leben der Stadt – ohne die Bedeutung von anderen Einrichtungen damit schmälern zu wollen. Das Mandat, das Ihnen die Bürgerschaft übertragen hat, ist mit Verpflichtungen gegenüber der ganzen Stadt, gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, verbunden. Das kostet viel Zeit und Kraft. Ich wünsche Ihnen, dass Sie alle dieses Mandat trotzdem als eine angenehme Bürde und auch als eine persönliche Bereicherung empfinden, an der man ganz einfach auch Spaß und Freude haben darf.

In den Städten und Gemeinden baut die kommunale Selbstverwaltung ja gerade auf dieses Prinzip der Ehrenamtlichkeit, weil die politische Verantwortung von Ehrenamtlichen in Verbindung mit den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen wahrgenommen wird. Nirgendwo sonst ist diese Idee der kommunalen Selbstverwaltung so stark ausgeprägt wie bei uns in Deutschland, und nirgendwo sonst haben die Gemeinden als eigenständige Ebene in unserem Staatsaufbau eine solch' große Autonomie wie in Deutschland. Und deshalb ist es aller Mühe wert, diesen Kern der kommunalen Selbstverwaltung zu schützen.

Der wichtigste Schlüssel dazu heißt kommunale Handlungsfähigkeit. Dieses Wort hat uns in der letzten Wahlperiode immer wieder begleitet, und es heißt nichts anderes, als dass wir in der Lage, nämlich in der finanziellen Lage sein und bleiben müssen, unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger auch erfüllen zu können und dass wir selbst - und nicht die Kommunalaufsicht - darüber entscheiden, welche Schwerpunkte wir setzen.

I.

Ich komme damit zum wichtigsten Instrument unserer Arbeit, dem **Haushalt**. Meine Damen und Herren, vor fast auf den Tag genau fünf Jahren, am 14. September 2004, habe ich bei der Konstituierung des Gemeinderats an dieser Stelle gefordert, dass wir einen radikalen Kurswechsel in der Stadtpolitik brauchen, nämlich eine drastische und nachhaltige Konsolidierung der städtischen Finanzen.

Was war damals geschehen? Stetig rückläufige Steuereinnahmen und Finanzausgaben ließen die Einnahmeseite mehr und mehr austrocknen, ständig steigende Arbeitslosenzahlen und neue Gesetze wie die Grundsicherung im Alter ließen die Ausgaben für soziale Pflichtaufgaben dramatisch ansteigen. Hinzu kam, dass die beabsichtigte Entlastung der kommunalen Haushalte durch das neu eingeführte Arbeitslosengeld II ausblieb, sondern ganz im Gegenteil zu weiteren Mehrausgaben führte.

Bei ständig sinkenden Einnahmen und ständig steigenden Ausgaben drohte uns in Freiburg damals nicht nur theoretisch, sondern ganz schnell auch praktisch, die Handlungsunfähigkeit. Wir waren in den schwierigen Jahren 2005 und 2006 nicht mehr in der Lage, wenigstens die dringendsten Reparaturen zu bezahlen, weil uns der Weg in die weitere Verschuldung von der Rechtsaufsicht verwehrt wurde. Sondern wir mussten im Gegenteil Vermögen veräußern, um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Das war umso misslicher, weil wir auf der einen Seite vor einem riesigen Sanierungsstau standen, der bei weiterem Nichthandeln unsere Infrastruktur noch mehr als schon geschehen ruiniert hätte. Und auf der anderen Seite konnten wir nicht im Ansatz die Frage beantworten, wie wir wichtige weitere Zukunftsinvestitionsmaßnahmen finanzieren sollten. Das hieß: Wir hatten weder die Mittel, die Schulen, Brücken und Straßen zu sanieren, noch waren wir in der Lage, in den Ausbau der Kinderbetreuung, des öffentlichen Nahverkehrs oder weiterer Klimaschutzmaßnahmen zu investieren.

Wir haben damals Ziele benannt, ohne noch genau zu wissen, wie wir dorthin kommen: 50 Millionen Euro oder ca. 10 Prozent unseres Netto-Verwaltungshaushalts

sollten pro Jahr eingespart werden, weil das ungefähr die Lücke war, die wir jedes Jahr mehr ausgegeben als eingenommen haben, und das ohne die Kraft, in notwendigem und ausreichendem Maße zu investieren. Kurzum: Wir lebten von der Substanz. Es war klar, dass wir von unserem hohem Personalkostenanteil heruntermussten, und es war klar, dass die städtischen Gesellschaften ebenfalls ihren Teil zur Konsolidierung beitragen mussten. Und klar war auch, dass auch die Bürgerschaft über Einschränkung von Leistungen und durch Kürzung von Zuschüssen ihren Beitrag leisten musste.

Heute kann man sagen, dass das Ziel fast erreicht ist. Durch organisatorische Änderungen, Zusammenlegungen von Ämtern und Dienststellen, und durch strikte Vorgaben zur Personaleinsparung ist es uns gelungen, leistungsfähiger zu werden, bis Ende nächsten Jahres vermutlich 350 Stellen dauerhaft abzubauen, und allein damit pro Jahr 22, 23 Millionen Euro pro Jahr einzusparen. Das sind summiert über acht Jahre ca. 120 Millionen Euro, also exakt die Summe, die wir in den Haushaltjahren 2009/2010 investieren. Mit anderen Worten: Trotz deutlich gestiegener Steuereinnahmen seit 2007 hätten wir ohne die Personaleinsparungen aus eigener Kraft in diesem Doppelhaushalt keinen Euro investieren können.

Die städtischen Gesellschaften und auch badenova als städtische Minderheitenbeteiligung sind ja entweder durch Gewinnabführungsverträge oder durch städtische Verlustzuweisungen unmittelbar mit dem städtischen Haushalt verbunden. Sie alle mussten strikte Restrukturierungspläne umsetzen und haben dies mit großen Erfolg getan. Sowohl die VAG, die Freiburger Stadtbau und die FWTM als rein städtische Töchter, als auch die badenova und die ASF haben in Größenordnungen zwischen 15 und 20 Millionen Euro ihre Verluste heruntergefahren oder ihre Gewinne erhöht.

Hinzu kamen Einschränkungen städtischer Leistungen und die Kürzungen von Zuschüssen an Dritte, was aber in der Summe der bei weitem kleinste Posten war. Dennoch stehen wir heute bei deutlich über 40 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr und haben zusammen mit den Steuermehreinnahmen die Handlungsfähigkeit und die finanzielle Luft, wie wir sie wünschen und brauchen.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch mal beim alten Gemeinderat bedanken, dass er in seiner großen Mehrheit diesen Weg mit gegangen ist. Das Gleiche gilt auch für die Bürgerschaft. Es war zwar ein langer, steiniger und nicht immer einfacher Weg, den Menschen zu erklären, warum wir dieses Ziel verfolgen. Nämlich dass Sparen eben kein Selbstzweck ist, sondern der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit dient, und dass wir Strukturen konkret verändern wollten. Nach meinem Eindruck ist dies gelungen. Die Menschen haben verstanden, dass das große Investitions- und

Sanierungsprogramm für Schulen und Kindergärten, für Straßen und Brücken, für Bäder, Museen, Theater und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und der Kinderbetreuung, und das Engagement für unsere Klimaschutzziele das Ergebnis harter Arbeit gewesen ist. Und die Bürgerinnen und Bürger freuen sich mit uns, dass wir dies nun leisten können, und gleichzeitig noch die Kraft haben, die hohe Schuldenlast nach und nach abzubauen. Ich habe auch den Eindruck, dass die Bürgerschaft diese Anstrengungen des Gemeinderats und der Verwaltung respektiert und anerkennt, weil die Menschen erkannt haben, dass dieser Weg der Sanierung der Finanzen und der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit die Zukunftsfähigkeit Freiburgs für unsere Kinder und Kindeskinde erhöht und dieser Weg auf Dauer angelegt – eben nachhaltig - ist.

II.

Wenden wir uns dem Kommenden zu und blicken wir in die nahe Zukunft und auf die Rahmenbedingungen, die unser Handeln bestimmen werden. Deutschland und die Welt stecken mitten in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Menschengedenken. Der Bund und viele Länder kämpfen in ihren Haushalten nicht mehr um die noch vor kurzem geplante Nullverschuldung, sondern statt dessen mit der höchsten Schuldenaufnahme aller Zeiten. Es wäre naiv anzunehmen, dass dies an uns, dass dies an Freiburg spurlos vorübergehen könnte. Wir spüren jetzt schon den Rückgang der Finanzaufweisungen und Steuereinnahmen, und wir werden dies wegen der systembedingten zeitlichen Verzögerung der Kommunalsteuern 2010 und 2011 noch viel deutlicher zu spüren bekommen. Und mit steigender Arbeitslosigkeit steigen systembedingt auch wieder die Kosten der sozialen Sicherung. Der Deutsche Städtetag hat kürzlich erneut darauf hingewiesen, dass die steigenden Sozialausgaben eine immer größere Sprengkraft für die kommunalen Haushalte entwickeln.

Vor einigen Wochen war in der Stuttgarter Zeitung das Ergebnis einer Umfrage unter den baden-württembergischen Stadtkreisen nachzulesen, wie es dort um die Finanzen bestellt ist. Die Hälfte von ihnen haben bereits Haushaltssperren erlassen, in den anderen gelten globale Minderausgaben, Einstellungs- und Beförderungsstops oder es sind Nachtragshaushalte in Arbeit wegen rückläufiger Steuereinnahmen.

Gemessen daran geht es Freiburg noch leidlich gut, weil wir als Dienstleistungsstadt mit einem hohen öffentlichen Anteil weniger von den Einbrüchen im produzierenden Gewerbe betroffen sind. Noch – ich betone noch – sprechen wir für den Stadtkreis Freiburg von einer Delle. Aber diese Delle bedeutet für uns bereits einen hohen zweistelligen Millionenbetrag, der uns im laufenden Haushalt für 2009 fehlt. Um für

2009 den Haushalt auszugleichen, werden wir die in den letzten zwei Jahren gebildete Rücklage wieder auflösen müssen.

Noch in diesem Herbst werden wir darüber entscheiden, bei welchen Projekten wir insbesondere für das nächste Jahr strecken und schieben müssen, um den Haushalt retten zu können. Im Spätherbst 2010 werden der Erste Bürgermeister und ich den Entwurf des Haushalts 2011/2012 einbringen. Es ist jetzt schon absehbar, dass die extrem gute Entwicklung der letzten zwei, drei Jahre so nicht fortgeschrieben werden kann. Aber es ist auch festzustellen, dass wir trotz allem deutlich besser aufgestellt sind als vor fünf Jahren. Ich habe mir damals geschworen, dass wir nie wieder in eine Lage kommen dürfen, wie dies 2004 bis 2006 der Fall war, nämlich in eine faktische Handlungsunfähigkeit. Dagegen haben wir durch entschlossenes Handeln Vorsorge getroffen, indem wir den Haushalt konsolidiert und uns somit wieder Spielraum verschafft haben.

Das soll nicht heißen, dass wir die kommenden Risiken gering schätzen oder gar unterschätzen, das heißt aber, dass wir dem Kommenden mit einer gewissen Gelassenheit und Unaufgeregtheit entgegen sehen können.

III.

Deshalb darf ich an dieser Stelle zu den inhaltlichen Schwerpunkten kommen, die uns – aus heutiger Sicht - in den kommenden fünf Jahren im Gemeinderat vor allem beschäftigen werden. Sie sind nicht neu, sondern sie sind das Ergebnis politischer Beschlüsse aus dem letzten Gemeinderat. Die heute beginnende Wahlperiode steht daher in der Kontinuität dessen, was in der letzten Amtsperiode angestoßen worden ist.

Ich nenne neben den Finanzen vor allem vier weitere Schwerpunkte der Stadtpolitik, die zusammen genommen uns auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung ein gutes Stück weiter voran bringen werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute auf unsere **Schul- und Bildungslandschaft** schauen, und dies mit dem Stand vor fünf Jahren vergleichen, dann liegen dazwischen Welten. Es hat in der Nachkriegsgeschichte keine Phase gegeben, in der so viel in die „Hardware“ – sprich: in Gebäude, d.h. in den Ausbau der Ganztags-schulangebote, in naturwissenschaftliche Räume, in Cafeterien, in die Renovierung der Schulen und in ihre energetische Sanierung – investiert worden ist.

Wir investieren in bestehende und in neue Schulen, allein in diesem und im nächsten Jahr in einem Umfang von mindestens 60 Millionen Euro. Das sind drei Viertel des

Budgets des Gebäudemanagements. Über diese Momentaufnahme des Haushalts hinaus sind die Zahlen sehr viel höher; allein die drei großen Projekte Rotteckgymnasium, Wentzingerschulen und Theodor-Heuss-Gymnasium kosten jeweils mehr als 20 Millionen Euro; hinzu kommen viele kleinere Projekte, soweit man bei siebenstelligen Größenordnungen von „klein“ sprechen kann. Die neue Feyelschule in Ebnet, die jetzt zum Schuljahresbeginn in Passivhausbauweise in Betrieb geht, ist nur ein Beispiel.

Wenn diese Wahlperiode des Gemeinderats zu Ende geht, dann werden wir aller Voraussicht nach die größten und wichtigsten Projekte abgeschlossen und damit die Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt haben. Dann werden wir fast überall über sanierte und auch energetisch moderne Schulen verfügen.

Und es hat gleichzeitig keine Phase gegeben, in der die Verantwortungsgemeinschaft zwischen dem Land und der Stadt als Schulträgerin sich so intensiv entwickelt hat, wie dies aktuell geschieht. Die so genannte Kommunalisierung der Schullandschaft wurde durch die im Regionalen Bildungsbüro angestoßene Profilierung und Selbstevaluierung der Schulen, und die damit verbundene Öffnung hin zu Vereinen und Institutionen in der Stadt, und in neuen Netzwerken von Bildungseinrichtungen und –trägern deutlich. Das erfährt nun durch das vom Bund geförderte Modellprojekt LEIF: „Lernen erleben in Freiburg“ eine deutliche quantitative und qualitative Erweiterung. Unsere Ziele sind: die Entwicklung von lokalem Bildungsmanagement, und erfolgreiche Bildungsbiographien für alle. Dabei gilt es, die Bildungsphasen von der frühkindlichen Bildung, über Schule, Weiterbildung und nachberufliche Lebensphase besser zu verknüpfen, die kommunale Bildungsberichterstattung, wie den kommunalen Bildungsbericht weiter zu entwickeln, die Bildungsberatung auf allen Ebenen zu verbessern, und schließlich die Übergänge und Schnittstellen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen und Lebensphasen besser zu unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf der Integration von jungen Menschen liegen, die aufgrund ihrer Herkunft und wegen mangelnder Sprachkenntnisse gegenüber anderen benachteiligt sind. Sie wird in den Hauptschulen besonders deutlich, wenn ein hoher Prozentsatz der Abgänger mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss und damit ohne Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung verlässt. Wir haben die Angebote an Sprachförderung und beim Ausbau der Schulsozialarbeit bereits verbessert und werden auf diesem Weg weiter fort schreiten.

IV.

Schließlich der Bereich der vorschulischen Bildung und Erziehung, weil es sich längst verbietet, wie früher von „Kinderbetreuung“ zu sprechen. Was in unseren Kitas und Krippen, in den städtischen und in denen der freien Träger, Tag für Tag geleistet wird, dient nicht nur dem klassischen Ziel der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Sondern das hat längst im Zeitalter der Ein-Kind-Familien und für viele Kinder aus problembeladenen Familien die Funktion von Familienbildung und Sozialisation mit übernommen. Dies setzt auf Seiten der Erzieherinnen und Erzieher hohe fachliche Qualifikation voraus. Wer von Chancengerechtigkeit und von Zugangsgerechtigkeit zu Bildungschancen spricht, und damit auf Erfolg bei Schulkarrieren und Lebenschancen setzt, muss sehr früh anfangen, muss darauf setzen, sprachliche, soziale und motorische Defizite bei Kindern früh auszugleichen – beim Schulbeginn ist es längst zu spät. Sprachförderung bei Bedarf, das Ein-Euro-Essen für alle Kinder, die Übernahme der Gebühren für bedürftige Eltern sind Maßnahmen, die der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Integration dienen, und die einer materiellen und auch aus Lieblosigkeit und Vernachlässigung resultierenden Kinderarmut entgegenwirken.

Dies kostet viel Geld. Die Verdoppelung des Angebots für unter Dreijährige auf 39 Prozent im Jahre 2013 und die Ausweitung und die Verbesserung des bestehenden Angebots für die 3 – 6jährigen führten allein zwischen 2003 und 2009 zu einer Verdoppelung der Ausgaben von 20 auf 40 Millionen Euro. 2012 werden wir dafür annähernd 50 Millionen Euro ausgeben. Dies bedeutet eine Verzweieinhalbfachung innerhalb von nur zehn Jahren. Dies sind Gelder, die nicht nur in den quantitativen Aus- und Umbau der Einrichtungen fließen, sondern auch in qualitative Veränderungen hin zu frühkindlicher Bildung und Erziehung. So klar es ist, dass dieses Geld mehr als gut angelegt ist, so klar ist auch, dass dies kommunalpolitisch einen finanziellen Kraftakt ohnegleichen bedeutet.

V.

Zum zweiten Schwerpunkt, meine Damen und Herren. Das Thema **nachhaltige Stadtentwicklung mit dem Schwerpunkt Klimaschutz** vermarkten wir mittlerweile deshalb international unter dem Label „green city“, weil uns einfach die Nachfrage in den letzten zwei Jahren überrollt hat. Wir haben auch tatsächlich etwas vorzuweisen. Vortäuschungen falscher Tatsachen würden kaum erfolgreich sein, weil auch andere Städte sich sehr ambitioniert auf den Weg gemacht haben zur Nachhaltigkeit, zu „sustainability“ als kommunalem Leitbild.

Ich hatte in den letzten Monaten mehrfach Gelegenheit, Freiburg als ein Vorzeigebispiel nachhaltiger Stadtentwicklung im Ausland zu präsentieren. Eines ist dabei deutlich geworden: Überall in der Welt, in Europa, in den USA, in Kanada, in China oder Korea ist das Bewusstsein dafür enorm gewachsen. Freiburg hat überall einen herausragenden Namen als eine Stadt, von der andere für die Praxis lernen wollen. Ich bin sicher, dass unsere Präsenz auf der EXPO Shanghai im kommenden Jahr noch einmal einen großen Schub bringen wird.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist neben einer integrierten Stadtentwicklung vor allem eine auf den Säulen „Energie einsparen“, „Energie effizienter verwenden“ und „erneuerbare Energien konsequent nutzen“ beruhende nachhaltige Energiepolitik und eine auf Energieeinsparung basierende Verkehrspolitik. Auf allen Feldern sind wir in den letzten Jahren entscheidend auf dem Weg zur kommunalen Energie- und Verkehrswende vorangekommen.

Für die Erreichung des ehrgeizigen Freiburger Klimaszutzzieles von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2030 gegenüber 1992 wird mehr und mehr unsere 33-Prozent-Tochter badenova zum entscheidenden lokalen und regionalen Akteur. Die badenova hat sich der Energiewende verschrieben und versteht sich in ihrem Unternehmensleitbild als regionaler, ökologischer Energiedienstleister in kommunaler Hand. Mit dem Kauf der bislang zur E.ON gehörenden privaten Minderheitsbeteiligung Thüga durch zwei kommunale Konsortien – eines davon, die Gruppe „kom9“, wurde von badenova angeführt – wird badenova ein rein kommunales Unternehmen. Die Übernahme der Thüga eröffnet dabei die Chance, dass wir im Verbund mit anderen Unternehmen stärker in die Produktion von erneuerbaren Energien einsteigen, neue Märkte erschließen und damit das ökologische Profil des Unternehmens weiter schärfen.

Seit der Gründung der badenova vor neun Jahren bis heute hat der Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz 14 Millionen Euro Zuschüsse für 130 innovative Projekte finanziert und damit Investitionen im Klimaschutzbereich von 70 Millionen Euro ausgelöst. Seit Jahren betreibt badenova zusammen mit anderen Solar- und Windkraftanlagen, bezuschusst die Installierung von Photovoltaik- und thermischen Solaranlagen und finanziert Projekte wie Mikro-BHKWs für Einfamilienhäuser. In großen Stil steigt badenova momentan ein in die Produktion von Bioerdgas aus regionaler Biomasse. Privatkunden und auch die Stadt Freiburg beziehen seit diesem Jahr zertifizierten reinen Ökostrom, regiostrom aktiv finanziert zudem dem Bau neuer Produktionsanlagen auf Grundlage erneuerbarer Energien. Die Freiburger VAG fährt seit diesem Jahr mit Strom von badenova aus reiner Wasserkraft.

VI.

Als Kommune Freiburg haben wir ehrgeizige Energiestandards gesetzt. Schon jetzt bauen wir als Stadt nur noch im Passivhausstandard bei Neubauten. Ab 2012 wird dieser Standard auf allen städtischen Flächen und dort zur Pflicht, wo wir über städtebauliche Verträge Einfluß auf Dritte haben. Neubaugebiete bedürfen eines ökologisch vorbildlichen Energiekonzeptes, in der Regel auf der Grundlage erneuerbarer Energien und/oder hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung. Die Sanierung unseres eigenen Gebäudebestandes, vor allem der Schulen und der Wohnungen der Freiburger Stadtbau geht mit großen Schritten voran. Das Hochhaus Buggingerstraße 50 ist ein Modellprojekt für die Sanierung eines alten Wohnhauses in Passivhausstandard.

Zum einen setzen wir einen Rahmen mit den Standards zum Wärmeschutz, dem Förderprogramm für Altbauten oder dem Dächerprogramm für Solaranlagen. Dieser Rahmen schafft Anreize für Bauherren oder die Wirtschaft, selbst in Klimaschutz zu investieren, weil sich dies rechnet. Zum anderen gehen wir als Stadt mit gutem Beispiel voran, in der energetischen Sanierung der Schulen, den Contracting- oder 50:50-Modellen in den Schulen und vielem anderen mehr.

VII.

Klimaschutzpolitik ist zu einem Gutteil aber auch Verkehrspolitik. Der letztes Jahr beschlossene Verkehrsentwicklungsplan hat eindeutig die Priorität auf den Umweltverbund von Fuß- und Radverkehr und Öffentlichem Nahverkehr vor dem motorisierten Individualverkehr gelegt. Insofern ist es konsequent, dass der Gemeinderat in den letzten Haushaltsberatungen die Mittel für Fußgänger und den Ausbau des Radwegenetzes drastisch erhöht hat, und dem Ausbau der drei Stadtbahnlinien nach Zähringen und Gundelfingen, über den Rotteckring zum Siegesdenkmal und zur neuen Messe klare Priorität für den ÖPNV gegeben hat. Unser Ziel ist es weiterhin, den Anteil der noch mit dem Auto zurückgelegten Fahrten in den nächsten Jahren weiter deutlich zu verringern. Für die Region ist es elementar wichtig, dass es uns in Verhandlungen mit dem Land gelungen ist, das Projekt „Breisgau S-Bahn 2020“ für die nächsten zwei Jahrzehnte weiter zu vertiefen und auszubauen.

Der geplante Ausbau des 3. und 4. Gleises der Rheintalbahn hat in der Region ungemessene Brisanz. Die Position von Verwaltung und Gemeinderat dazu war immer klar: Wir sagen ja zum 3. und 4. Gleis, zu „Baden 21“ als dem wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekt des Landes nach „Stuttgart 21“. Aber wir verlangen von der Bahn eine deutliche Nachbesserung der Pläne beim Lärmschutz für die Anwohner. Eine

Ausbauplanung der Bahn auf Kosten der Menschen in Lehen, Hochdorf oder Tien-
gen und Munzingen werden wir nicht hinnehmen.

Ein für die Stadtentwicklung ebenfalls wichtiges Projekt ist der Freiburger Stadttunnel. Er ist eine zwingende Voraussetzung dafür, die Feinstaubemissionen an dieser Hauptverkehrsstraße wirksam zu reduzieren und die Stadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Ich bin froh, dass wir die Vereinbarungen mit dem Land zur Vorfinanzierung der Planungskosten unter Dach und Fach haben. Wir hoffen, dass der Stadttunnel dadurch im neuen Bundesverkehrswegeplan mit Unterstützung des Landes im vordringlichen Bedarf landen wird.

VIII.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum dritten Schwerpunkt kommen:

Nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die sowohl genügend neuen Wohnraum für eine immer noch wachsende und ungebrochen attraktive Stadt anbietet, als auch für genügend neue Flächen für Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Forschung sorgt. Die zudem im Blick hat, dass durch das Freiburger Märkte- und Zentrenkonzept die Innenstadt gestärkt und gleichzeitig die Stadtteile nicht abgehängt werden, sondern dass sie sich selbständig entwickeln, die „Stadt der kurzen Wege“ also weiter voran getrieben wird.

Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern sorgt auch für die typische Freiburger Zufriedenheit und Identität als Freiburger und gleichzeitig als Bürger im Stadtteil oder in einer Ortschaft. Diese identitätsstiftenden Prozesse befördern wir zudem über die bislang sehr erfolgreichen Stadtteilentwicklungspläne, die wir in den nächsten Jahren gezielt weiter gemeinsam mit der Bürgerschaft aufstellen wollen.

Ein wichtiges Ziel in den nächsten Jahren ist es, den vor fünfzehn Jahren begonnenen Prozess der Westentwicklung der Innenstadt bis zum Bahnhof zu vollenden. Stichworte sind hier der vierspurige Ausbau der Heinrich von Stephan-Straße, die Neugestaltung des Platzes der Alten Synagoge im Zuge des Rückbaus von Werthmannstraße und Rotteckring und des Baus der Linie Rotteckring-Siegesdenkmal, der Sanierung der Universitätsbibliothek und der Neubau des alten Bakola-Geländes als „Quartier Unterlinden“.

IX.

Die zentrale Frage zum Thema Wohnungsbau lautet: Wie kann es uns weiter gelingen, dass genügend Wohnungen für einen in Nachfrage und Angebot ausgeglichene

nen Markt zu bezahlbaren Mietpreisen zur Verfügung stehen? Die erste Antwort darauf geben wir selbst mit unseren Flächenausweisungen. Der vor drei Jahren beschlossene Flächennutzungsplan 2020 hat Vorsorge für Wohnungsbau-Investitionen bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein getroffen. Es steht also ein flexibler und ausreichender Rahmen für private, öffentliche und genossenschaftliche Bauherren und Investoren zur Verfügung, der trotz der Krise hervorragend genutzt wird. Zum Beispiel vom Bauverein und der Fa. Treubau in Zähringen, vom Siedlungswerk an der Kartäuserstraße und am ehemaligen VAG-Betriebshof Nord, von der Fa. Unmüßig am Brielmangelände, von der Bürgerbau und Hochtief in Opfingen, und von vielen gemeinsam im Gebiet „Inneren Elben“ in St.Georgen.

Als eines der weiteren, neuen großen Projekte möchte ich das Gebiet „Gutleutmaten“ in Haslach erwähnen. Wir wollen dort aus den guten Erfahrungen von Rieselfeld und Vauban lernen, indem wir rechtzeitig auch für die öffentliche Infrastruktur sorgen und auch Raum für andere Formen des Bauens – Stichwort: Baugruppen – schaffen.

Für die Realisierung von vor allem preiswertem, oftmals sozial gebundenen Wohnraum dient der Stadt ihre Tochter Freiburger Stadtbau. Die FSB realisiert zur Zeit das vermutlich größte Investitionsprogramm in ihrer 90jährigen Geschichte mit neuen, vielfach sozial geförderten Wohnungen in Haslach, in Weingarten oder im Stühlinger und an anderen Standorten. Dazu gehören die großen Sanierungsvorhaben Alt-Haslach und vor allem mit Weingarten-West, um für die Menschen bezahlbare Mieten zu gewährleisten. Von diesem Programm profitieren vor allem die Mieterinnen und Mieter durch ein günstiges Mietpreisniveau. Es war nur möglich, weil die Stadtbau in den letzten Jahren konsequent ihre Wirtschaftlichkeit verbessert hat, um aus eigener Kraft investieren zu können.

In der Gesamtschau hat all dies dazu geführt, dass Freiburg in einem bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition beim prozentualen Anteil öffentlich geförderter Wohnungen, vor allem aber die geringsten Mietpreissteigerungen für dieses Segment aufweist. Das ist deshalb bemerkenswert, weil wir eine der am schnellsten wachsenden Städte sind, d.h. die Nachfrage bei uns kontinuierlich größer wird.

X.

Meine Damen und Herren, in den Kontext der baulichen Entwicklung gehören auch die Bereitstellung von ausreichenden Gewerbeflächen. Hier ist in erster Linie neben einigen anderen der ehemalige Güterbahnhof Nord zu nennen. Mindestens zehn Jahre lang ist darüber verhandelt worden, was aus diesem Filetstück im Norden der Stadt werden soll. Wir haben mittlerweile den Durchbruch geschafft. Inzwischen sind

die ersten Betriebe eingezogen, und Schritt für Schritt wird aus dem alten Güterbahnhof ein moderner „Wissensbahnhof“ werden, mit hochwertigen Dienstleistungen und Gewerbe, die zu Freiburg passen. Die zweite große zusammenhängende Fläche für zukünftiges Gewerbe wird die Erweiterung des Gewerbegebiets Haid nach Süden sein, die so genannten Schlattmatten, die wir im Moment mit aller Kraft voran treiben.

XI.

Ich habe eingangs als vierten inhaltlichen Schwerpunkt die Kulturstadt Freiburg genannt. Unsere Attraktivität ist zu einem guten Teil durch eine bunte und vielfach gegliederte Kulturszene begründet, mit öffentlichen und privaten Einrichtungen, mit Gruppen unterschiedlicher Herkunft und Ausrichtung, und einem Miteinander von etablierter und alternativer Kultur.

Die Stadt Freiburg unternimmt im Moment und auch in Zukunft große Anstrengungen bei den Investitionen in die kulturelle Infrastruktur. Wir sind dabei, für das Augustiner- und das neue Naturmuseum, für das Kunstdepot und die Bühnentechnik des Theaters, für die Sanierung des E-Werks sowie für den Neubau eines Verbundarchivs gemeinsam mit Land und Universität, zusammen zwischen 50 und 60 Millionen Euro zu investieren. Das ist vermutlich der größte kommunale Investitionsschub der Nachkriegszeit in die zum Teil marode kommunale Kulturinfrastruktur.

Am 4. Dezember werden wir das neue Naturmuseum eröffnen, das das alte Natur- und Völkerkundemuseum ersetzen wird. Zwei Monate später wird der erste und wohl beeindruckendste Bauabschnitt des in diesem Teil völlig umgestalteten Augustiner-museums eröffnet werden. Der Gemeinderat hat dankenswerterweise die Weichen gestellt, dass wir nahtlos mit dem folgenden II. Bauabschnitt weiter machen können. Wir werden ein Museum bekommen, das endlich dem Rang der Exponate angemessen ist, mit einer Ausstrahlung weit über Freiburg hinaus.

Der Wassereinbruch im Augustinermuseum vor wenigen Wochen, und die Auslagerung großer Teile der Bestände nach Frankfurt haben nochmals deutlich gemacht, dass die Frage eines zentralen Kunstdepots absolute Dringlichkeit hat. Wir werden Ihnen hierzu in wenigen Wochen ausgereifte Vorschläge für eine schnelle Realisierung präsentieren.

Ich nenne diese Punkte deshalb so ausführlich, weil wir vor fünf Jahren nicht hoffen konnten, so weit zu kommen. Das war ein gewaltiger Kraftakt, von dem der Kulturstandort Freiburg nachhaltig profitieren wird.

XII.

Meine Damen und Herren, nächstes Jahr feiern wir das 100jährige Bestehen des Theaters an der Bertoldstraße. Wir wollen dieses Jubiläum angemessen begehen; dazu laufen die Vorbereitungen und werden auch die notwendigen Mittel bereit gestellt. Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, organisatorische und finanzielle Reformen vorzunehmen, personelle Kontinuität zu wahren, und künstlerisch ein mehr als nur beachtliches Niveau zu halten.

Die Ausgründung und Umwandlung in einen Eigenbetrieb ist vollzogen; die Zielvereinbarung mit der Theaterleitung war gewissermaßen die inhaltliche Ausfüllung der Umgründung, die dem Theater über fünf Jahre Planungssicherheit sowie Eigenverantwortung gibt, und uns Verlässlichkeit im Haushalt. Das Theater kann sich nun voll auf seine künstlerische Aufgabe konzentrieren. Unter Barbara Mundels Leitung hat das Theater seinen guten Ruf gefestigt und weiter ausgebaut; Mich hat sehr gefreut, dass Frau Mundel sich vorzeitig zu einer Vertragsverlängerung entschieden hat und in Freiburg bleiben wird.

Im Zusammenhang mit dem Organisationsgutachten 2008 ist deutlich geworden, dass in einem erheblichen Umfang in die zum Teil 100 Jahre alte Bühnentechnik investiert werden muss. Ohne den Fachleuten vorzugreifen, sprechen wir hier über eine Gesamtdimension von ca. 10 Millionen Euro in den nächsten Jahren.

Unsere kulturelle Attraktivität ist vor allem in der Vielfalt einer bunten Kulturszene begründet. Ich nenne hier das Stichwort E-Werk als die größte Einzeleinrichtung neben vielen anderen. Dort sind verschiedene Gruppen zu Hause. Die Verwaltung hat bereits im Gemeinderat darüber berichtet, dass wir hier dringend handeln müssen, um die bauliche Situation zu verbessern und die Sicherheitsmängel zu beheben. Wir wollen deshalb neben eigenen Geldern auch Mittel des Konjunkturpakets in Anspruch nehmen, um das Haus von Grund auf zu sanieren.

XIII.

Ich habe das Stichwort „Kulturstadt“ erwähnt. Meine Damen und Herren, einige hätten sicherlich lieber gehört „Kulturhauptstadt“. Ich habe dazu eine differenzierte Meinung. Es wäre natürlich eine großartige Chance, wenn Freiburg tatsächlich 2020 Europäische Kulturhauptstadt werden könnte. Wir bringen viele gute Voraussetzungen mit, nicht nur mit Theater und Museen. In Freiburg lebt eine besondere Szene an freien Gruppen. Wir sind eine Musikstadt per excellence mit herausragenden Orchestern, Chören und einem Konzertleben, um das uns größere Städte beneiden. Die

Verzahnung zwischen Hochschulen und Kulturleben ist weiter gehend als wo anders. Und vor allem eine für Innovationen und Experimente aufgeschlossene, sensible und diskussionsfreudige Bürgerschaft.

Wir müssen deshalb realistisch prüfen, welche Chancen wir tatsächlich gegen die zu erwartenden Mitbewerber haben. Damit ist das Kulturamt beauftragt. Meines Erachtens brauchen wir dazu auch einen nüchternen Blick von außen.

XIV.

Meine Damen und Herren, dies war eine Tour d'Horizont durch die wichtigsten Aufgabenfelder der kommenden fünf Jahre. Vieles davon wird Ihnen vertraut vorgekommen sein, weil wir im neuen Gemeinderat nahtlos daran anschließen, was der alte Gemeinderat angeschoben und begonnen hat. Es musste auch vieles unerwähnt bleiben, sondern ich habe mich auf die notwendigen und beispielhaften Vorhaben konzentriert.

In der Summe bedeutet dies: Es wird nicht langweilig. Wir werden über diese – und noch viele weitere Punkte – diskutieren und nach der Abwägung der Argumente entscheiden. Ich möchte deshalb mit einigen Bemerkungen zur Zusammenarbeit im Gemeinderat schließen. Der Gemeinderat ist kein Parlament, auch wenn er oft so genannt wird. In der baden-württembergischen Gemeindeordnung stehen an keiner Stelle die Begriffe Regierung, Koalition oder Opposition.

Natürlich ist jedem bewusst, dass politische Übereinstimmungen auch zu politischer Zusammenarbeit führen. Das hat die letzte Wahlperiode ja besonders gezeigt. Trotzdem werden wechselnde Mehrheiten – auch über Fraktionsgrenzen hinweg - die Regel bleiben; dies war in der Sitzungsstatistik nachzulesen.

Insoweit ist der Gemeinderat ein Spiegel der ganzen Bürgerschaft. Freiburg ist eine diskutierfreudige Stadt, und diese Diskussionsfreude und Vielfalt der Meinungen findet sich im Gemeinderat wieder. Es ist das Wesen von demokratischen Verfahren, dass hier im Gemeinderat diskutiert und politisch entschieden wird. Deshalb geht hier niemand einem Streit in der Sache aus dem Weg. Aber es gibt auch einen Grundkonsens, nämlich dass man sich gegenseitig respektiert und andere Meinungen zur Geltung kommen lässt.

Hier darf ich vor allem die neuen Mitglieder ansprechen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie in Ihren Fraktionen und im ganzen Gemeinderat freundlich aufgenommen werden, und ich bin sicher, dass die erfahrenen Mitglieder Sie kompetent in die Stadtpolitik

einarbeiten werden, und dass Sie sich schnell im Rathaus, in den Verfahren des Gemeinderats und in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung zurecht finden.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir so lange zugehört haben. Bevor wir nun zu den formellen Beschlüssen zur Konstituierung des Gemeinderats kommen, darf ich zuerst die Verpflichtung des Gemeinderats vornehmen, stellvertretend für alle durch das jüngste und das älteste Mitglied, Simone Pflaum und Hermann Aichele.